

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 26. Juli 1921.

Teuerungszulagen zu den Ruhegehältern städtischer Funktionäre. Im Sinne eines von Stadtrat Spaiser gestellten Antrages hat heute der Stadtsenat den grundsätzlichen Beschluss gefasst, dass jenen ehemaligen Funktionären der Gemeinde (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte und Bezirksversteher), denen auf Grund des alten Gemeindestatuten Ruhegehälter zugestanden wurden, eine Teuerungszulage fallweise gewährt werden könne, deren Höchstausmass der jeweiligen allgemeinen Teuerungszulage der der Diensterdaung unterstehenden Angestellten entspricht. Diese Summe beträgt gegenwärtig 54000 K. jährlich. Die Bemessung der Teuerungszulage erfolgt durch den Stadtsenat unter Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und die seinerzeitige Funktionsdauer der betreffenden Personen.

Interessenahe der Gemeinde Wien an der Union Baugesellschaft. Im Stadtsenate berichtete heute Stadtrat Breitner über die geführten Verhandlungen der Gemeinde wegen der Beteiligung dieser an der genannten Gesellschaft. Die Verhandlungen wurden mit der Eskeptegeellschaft geführt, die das finanzierende Institut der Unionbaugesellschaft ist, und haben zu einem vollen Einvernehmen geführt. Die Gemeinde Wien übernimmt 3000 Stück Aktien in den dauernden Besitz und werden ihr auch von einer nächsten Kapitalvermehrung weitere 3000 Stück Aktien angeboten werden. Zwischen der Stadt Wien und der Unionbaugesellschaft bestehen schon seit Jahren engere Beziehungen. So ist es die Unionbaugesellschaft gewesen, die das Neue Rathaus, das Elektrizitätswerk, Teile des Gaswerkes, des Amtsgebäudes im 18. Bezirk, die Strassenbahnwagenhallen in Favoriten, Kanalbauten in einer Anzahl von Bezirken ausführte, sowie auch den Bau des Hauptsammelkanales im Zuge der seinerzeitigen Wiener Verkehrsanlagen, die Wienflusseinwölbung und Stadtbahneindeckung zwischen Leopoldsd- und Magdalenenbrücke u.s.w. Werke der Unionbaugesellschaft sind. An der Freihaustransaktion hat die Unionbaugesellschaft führend mitgewirkt. Das von Stadtrat Breitner dem Stadtsenate vorgelegte Ergebnis der Verhandlungen wurde genehmigt.

Das Darlehen des Bundes an die Gemeinde Wien. Im Veranschlag für das nächste Halbjahr des Bundes ist ein Betrag von 600 Millionen Kronen als Darlehen an die autonomen Gebietskörperschaften vorgesehen. Auf die Gemeinde Wien entfallen hiervon 245 Millionen Kronen. Der Stadtsenat hat die Inanspruchnahme dieser Summe zu den vom Nationalrate gestellten Bedingungen, 5 1/2%ige jährliche Verzinsung und Rückzahlung spätestens nach 5 Jahren, genehmigt.

Entfallende Sprechstunde. Wegen dienstlicher Verhinderung findet morgen Donnerstag beim amtsführenden Stadtrat Prof. Dr. Tandler keine Sprechstunde statt.